

# SCHUTZBUNDZEITUNG

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
Dezember 1935. Preis 10 Gr.  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## Um die Existenz des Schutzbundes.

Im Rahmen eines Einheitsfrontvorschlages der RS. an die KP. vertritt die RS. folgenden Standpunkt. Wir zitieren aus dem RS. Dokument:

### "Der Autonome Schutzbund"

"Wir konstatieren mit Befriedigung, dass auch das ZK. der KP. auf seiner letzten Tagung beschlossen hat, dem Schb. zu empfehlen seine organisatorische Struktur, entsprechend der veränderten Lage und entsprechend seiner revolutionären Zielsetzung, zu ändern. Wir erblicken in dieser Stellungnahme eine Anerkennung unseres Standpunktes, der in unseren Richtlinien niedergelegt war, wenn auch über die Art der Umgestaltung des Schb. noch weitere Meinungsverschiedenheiten bestehen mögen.

Schon in unseren Richtlinien haben wir dargelegt, dass eine Organisation nicht von ihrer Tradition leben kann, sondern sich auch im Tageskampf bewahren muss. Wir halten an unserer Überzeugung fest, dass dieser Schutzbund als Verein unfähig ist, seine politischen Aufgaben zu erfüllen. Nur im Rahmen der politischen Parteien kann diese Organisation so umgestaltet werden, dass sie wieder zu einem wirksamen Instrument gegen den Faschismus und zu einem aktiven Faktor des politischen Kampfes wird. Die Genossen des Schb. sind daher entsprechend ihrer politischen Gesinnung, entweder in die RS. oder in die KP. einzugliedern. Wer keine klare politische Überzeugung hat, kann den Faschismus nicht bekämpfen. Nur durch aufrichtige Arbeit für die politische Einheit der Arbeiterklasse kann für eine einheitliche Wehrorganisation gearbeitet werden".

Nun das ist ein erböhrter Versuch der RS., den autonomen Schutzbund zu liquidieren.

Das, was die RS. will, ist: die RS. Schutzbündler sollen einen RS.-Schb. bilden, die KP. Schutzbündler einen KP.-Schb.; zwei Parteilagen sollen also gebildet werden, in denen alles, was in den Rahmen dieser Parteien nicht passt, keinen Platz mehr finden, ausgeschaltet sein soll. Ein feiner Plan den die RS. da vorschlägt, ein feiner Beschluss des ZK. der KP., der diesen Plan entgegenkommt.

Hier haben wir einen deutlichen Beweis, wer in Wirklichkeit die Arbeiter spalten will: wir, oder die Einheitsapostel der RS. und KP.

Wir haben schon oft genug gesagt, warum der Schb. keine Parteilage werden darf, warum er eine Einheitsorganisation bleiben muss. Die Arbeiter stehen heute in verschiedenen politischen Lagern, die sich alle "proletarisch" nennen. Um trotz dieser Zerissenheit zu einheitlichen Aktionen zu kommen, um die Schwächung des Proletariats durch diese Spaltung einigermaßen zu paralysieren, ist unbedingt notwendig, dass die Arbeiter aller Parteirichtungen sich in besondere Organisationen, in Einheitsfrontorganisationen, in der proletarischen Massenorganisationen zusammenfinden, um gemeinsam für gewisse gemeinsame Ziele zu kämpfen. Wir wollen ein solches gemeinsames Ziel nennen: es ist der Kampf um die Wiedereroberung der Demokratie.

Auch die RS. ist für die Wiedereroberung der Demokratie. Auch die KP. ist für die Wiedereroberung der Demokratie. Dennoch aber wollen sie den Schutzbund nicht als Einheitsfrontorganisation, sondern als Parteigarde. Warum? Darum, weil für RS. und KP. die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie das Endziel ist, während wir darin nur eine Etappe auf dem Wege zur proletarischen Diktatur erblicken. Wenn der Schb. eine Einheitsfrontorganisation bliebe, dann würden in diesem Schb. auch diejenigen darin sein, die sich mit der bürgerlichen Demokratie nicht abspesen lassen, die den Knopf bis zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur steigern wollen. Dann hätten diese proletarischen Revolutionäre aber Gelegenheit, die Arbeiter über das wirkliche Wesen von RS. und KP. aufzuklären, ihnen die wirklichen Ziele dieser Parteien zu zeigen, diesmal nicht an der Hand von abstrakten Abhandlungen, sondern durch das wirkliche Erleben der Massen. Dann würden sich aber die Massen nicht zufrieden geben damit, dass sie den heroischen "revolutionären" Führern von RS. und KP. ein paar Ministersessel erkämpft, sondern würden von den Ministergenossen verlangen: "Jetzt seid ihr oben, jetzt zeigt, was ihr könnt". Und da diese das genau so zeigen würden wie 1918-20, da sie zeigen würden, dass sie in Wirklichkeit nichts anderes sind als "sozialistisch" verkleidete Platzhalter der Bourgeoisie, die dann wenn die revolutionäre Begeisterung der Massen verhaucht ist, ihren Platz wieder der Bourgeoisie abzutreten gewillt sind, da sich also all dies zeigen würde, würden die Massen dann auf die Seite derjenigen übergehen, die wirklich für die Diktatur der Arbeiterklasse kämpfen. Um das zu verhindern müssen die Massen vor dem "verderblichen" Einfluss der proletarischen Revolutionäre geschützt werden. Und darum die Spaltung des Schb. und darum Einsperren der Schutzbündler in die schützenden Parteiställe von RS. und KP.

Das ist eine der niederträchtigsten Verleumdungen worden RS. und KP. sagen. Beweist uns, dass wir nur die bürgerliche Demokratie wollen und sonst nichts. Nunn das Aktionsprogramm, dass die RS. der KP. vorgelegt hat, ist Beweis genug: Sie wollen nur die faschistischen Formationen auflösen. Der kapitalistische Staatsapparat, der nur von faschistischen Elementen gesäubert werden soll, soll bestehen bleiben. Sie verlangen ein Militärbündnis mit Frankreich, der CSSR. und Russland; (mit Russland natürlich nur insoweit, als es mit Frankreich geht). Sie verlangen allgemeine Wahlen, zu denen alle antifaschistischen Parteien zugelassen werden sollen, sie wollen also ein Parlament. Sie verlangen eine antifaschistische Volksregierung. Ist das nun bürgerliche Demokratie oder nicht. In den Ruf nach der Stimmzettelschlacht hat sich schliesslich das Geschrei der RS. nach der proletarischen Diktatur aufgelöst. Kein Wort über das Kirchenvermögen, (kein Wunder, sie können doch auf eine Koalition mit den Christlichsozialen rechnen). Doch halt, eine revolutionäre Forderung hätten wir beinahe vergessen: Die RS. verlangt die entschädigungslose (jajawohl das ist kein Irrtum, sie sind doch was wert, die RS.) also nochmals die entschädigungslose Enteignung des Grossgrundbesitzes -- von 500 Hektar an. 500 Hektar, das sind beiläufig 1000 Joch Grund. Die österreichischen Grossbauern haben 40, 50, höchstens 60 Joch Grund. Unsere Freude über die revolutionäre Forderung der RS. war verfrüht. Die Leute die 1000 Joch Grund in Österreich besitzen, kann man an den Fingern abzählen.

Wir sind nach wie vor für die proletarische Diktatur versichert die RS. stolz. Aber wir können sie nicht aufrichten, solange die internationalen Verhältnisse, das nicht zulassen. Bedarf es vieler Beweise, dass für die RS. die "internationalen Verhältnisse" nie die Aufrichtung der proletarischen Diktatur zulassen werden? Sie sind wieder einmal der Beweis erbracht, nichts anderes als kleinbürgerliche Demokraten, die "Revolutionäre" von der RS.

Aber was haben wir damit zu tun, wird die KP. entrüstet fragen. Nun liebe KP., du willst dich doch so sehnlich mit der RS. vereinigen. Du willst doch mit der RS. zusammen die "Einheitspartei" bilden. Deine Internationale macht der 2. Internationale ein Einigungsangebot nach dem andern. Vereinigt man sich mit jemand, mit dem man politisch nicht einverstanden ist?

Nein, ihr habt heute zwar noch verschiedene Firmenschilder, aber ihr betreibt heute dennoch schon ein gemeinsames Geschäft: die Arbeiter für eine kleinbürgerlich-demokratische Politik einzufangen.

In der Stadtleitung des Schb. sitzen zum Grössteil KP. Genossen. Warum rührt sich die Stadtleitung nicht, wenn die RS. mit der KP. über das Schicksal des autonomen Schb. schachert? Warum mobilisiert sie nicht die Schutzbündler gegen den elenden Spaltungsversuch der RS? Weil die Stadtleitung auf der Linie der KP. handelt, die sich mit der selben RS. zu vereinigen wünscht.

Wir wissen nicht, ob es uns gelingt, zu verhindern, dass der Schb. endgültig liquidiert wird. Aber eines wissen wir: Wenn die Schutzbündler der RS. und KP. weiter folgen, dann wird der Schb. unvermeidlich zu Tode geschachert. Eines wissen wir, nur eine neue, wirklich kommunistische Partei kann den Schb. davor bewahren, wieder Spazierstaberl Garde, parlamentarischer Kretinisten zu werden. Kampf für die Schaffung dieser Partei, Kampf für die 4. Internationale, ist Kampf für die Rettung des Schutzbundes. Wir haben heute noch keine solche Partei, wir können heute vielleicht die Zertrümmerung des Schb. nicht verhindern. Aber wenn Schutzbündler mit aller Kraft an der Schaffung dieser Partei mitarbeiten wenn wir offen und furchtlos für den Aufbau einer vierten Internationale eintreten, dann arbeiten wir gleichzeitig daran, dass einmal ein Schutzbund ersteht, dem keine RS. keine pseudokommunistische Partei etwas anhaben kann, der über sie alle hinweg den Weg zur Macht der Arbeiterklasse schreitet.

"Keine Organisation kann von ihrer Tradition leben". Schutzbündler, denkt daran, dass sie die Tradition des Februar meinen, die Tradition des heldenhaften Kampfes der österreichischen Arbeiterschaft. Heute wollen sie Euch die Organisation nehmen und morgen werden sie vielleicht schon diese Tradition verlegen und Euch mit Haut und Haaren der Bourgeoisie verkaufen.

#### Politische Um- und Vorschau .

Die konjunkturelle Besserung auf dem Weltmarkt halt an. Dem Wesen nach ist es eine Rüstungskonjunktur, in die aber Elemente einer echten Konjunktur eingeflochten sind.

Man kann die durchschnittliche Lebensdauer des fixen Kapitals (Maschinen usw.) heute mit 6-8 Jahren rechnen. Während der sieben Jahre, die die Krise schon dauert, haben die Kapitalisten mit der Erneuerung des Maschinenparks usw. zurückgehalten. Jetzt erneuern sie während der sieben Jahre Krise haben die grossen Massen mit der Neuananschaffung von Textilien (Kleider, Wasche, Schuhe) fast vollkommen ausgesetzt. Doch mehr als zehn Jahre halten die Sachen nicht aus, daher hat auch an dieser Seite eine grössere Nachfrage eingesetzt.

Wohnhäuser halten 40-50 höchstens über hundert Jahre. So sind in England die Grosszahl der Wohnhäuser überaltet. Die dort sehr gut situierte Mittelbourgeoisie lässt sich neue Häuser bauen. Darum hat England seit zwei Jahren eine ausgesprochene Baukonjunktur. (eine der Hauptursachen, warum England von der Krise verhältnismässig weniger getroffen wurde).

Durch den Krieg in Ostafrika (und dem beginnenden im fernen Osten) erhält die kapitalistische Konjunktur neuen Auftrieb. Gerade ein solcher "Konsum", wie in der imperialistische Krieg bringt, ist der kapitalistischen Wirtschaft am liebsten, weil er sie von dem Fett zu befreien verspricht, an dem sie zu ersticken droht, und doch Profit liefert. (Wenigstens vorübergehend, und nachher wird man schon wieder sehen...).

Die Eier der Bourgeoisie nach einer grossen Konjunktur mit grossen Profiten, treibt zum zweiten Weltkrieg. Das Darniederliegen der Arbeiterbewegung, dank des sozialdemokratisch-stalinistischen Verrates vermindert das Risiko für die imperialistischen Räuber.

Das weitere Anhalten der Konjunktur wird zu einer gewissen Belebung der Arbeiterbewegung führen. Der englische Bergarbeiterstreik, der gerade im Anrollen ist, ist seit Krisenbeginn der erste grössere Versuch der Arbeiter, durch Kampf um Lohnerhöhung ihre Läger zu bessern. (die bisherigen Kämpfe waren Verteidigungskämpfe). Mit solchen Lohnkämpfen haben wir bei weiterem Anhalten der Konjunktur zu rechnen, wenn auch in Oesterr. etwas später. Gerade diese wirtschaftlichen Kämpfe müssen ausgenützt werden um sie durch Hinweis auf die Erfahrungen der letzten Jahre politisch zu vertiefen, zu politischen Kämpfen emporzuheben in der Richtung auf die proletarische Revolution.

Halt die Besserung der Konjunktur ernstlich an, dann wird der Drang der Bourgeoisie nach dem Faschismus vorübergehend nachlassen. Die Grösse der Profite wird es ihr wieder ermöglichen, Trinkgelder an Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie zu zahlen und einen Teil der Arbeiter durch relative Besserstellung zu korumpieren, kurz, ihre kleinbürgerlich "sozialistischen" (komunistisch-stalinistischen) Helfershelfer zur Mitarbeit heranzuziehen. Doch weiss die Bourgeoisie, dass diese Herrlichkeit, die ja vor allem auf dem imperialistischen Weltkrieg beruht, keine sehr lange Spannweite hat: sie wird daher den Faschismus, die faschistischen Garden, weiter halten, als Reserve.

Den Imperialistischen Krieg für längere Zeit hinausschieben könnte der Weltbourgeoisie nur gelingen, wenn sie das Wiederaufleben der Weltwirtschaftskrise verhindern könnte.

Allein auch der neue Weltkrieg wird der Weltbourgeoisie (richtiger gesagt, ihrem siegreichen Teil) im besten Falle eine nur nach Jahren bemessene Atempause schaffen.

Sogar den unwahrscheinlichen Fall gesetzt, dass es der Weltbourgeoisie nochmals gelingen sollte, die im Gefolge des imperialistischen Weltkriegs aufs neue ausbrechende Weltrevolution wieder niederzuwerfen, so wird der Weitergang der kapitalistischen Produktion - ist der Kriegskonsum beendet - die Kluft zwischen den ungeheuren Produktionskräften und der Möglichkeit des profitablen Absatzes der Waren, von neuem noch tiefer, noch breiter aufreissen.

Der Kapitalismus muss auf seinem absteigenden Ast unvermeidlich auf jeden Fall zu einer noch gewaltigeren Weltwirtschaftskrise führen, ob er nun den Weltkrieg wagt oder nicht. - wenn nicht vorher schon das Weltproletariat die Macht der Weltbourgeoisie bricht und seine eigene Macht aufrichtet.

Indessen, die Weltbourgeoisie entscheidet sich immer mehr für den Krieg. Der Japanische Imperialismus ist drauf und dran, Nordchina zu verschlucken und den Krieg in Ostasien vom Zaun zu brechen. Sein augenblickliches Zurückhalten mitten im Sprung ist nur eine kurze Pause. Allzu grosse Reibungen mit England scheinen Japan zu dieser Taktik veranlasst zu haben. Andersseits verhält sich England gegenüber den Angriffen des japanischen Imperialismus auffallend reserviert. Es ist kein Zufall, dass China, das die Annexion der Mandschurei zulies, ohne den Völkerbund anzurufen ihn auch heute noch nicht anruft, obwohl doch gerade das Beispiel Abessinien ein solches Vorgehen empfehlen würde und der englische Imperialismus heute gegenüber Japan schwer eine andere Politik einschlagen könnte als gegenüber Italien, ohne sich vor seinen eigenen Masse und den kolonialen Volksmassen zu kompromittieren. Dass China das bisher nicht getan hat und auch heute nicht tut, ist vor allem auf England zurückzuführen (dieses unterstützt China in der Frage der internationalen Anleihe). Es ist also klar, dass der englische Imperialismus das ernste Zusammenarbeiten mit Japan noch immer im Auge hat. Die Japanischen Imperialisten wollen die schwierige Lage Amerikas, Englands, Russlands ausnützen; zugleich wollen sie durch einen grösseren Raubfeldzug über die schwere innere Krise hinwegkommen, in der sich Japan befindet.

Die Nachrichten von den Anleiheverhandlungen Englands mit Russland dürften eine englische Drohung an Japans Adresse sein, den Bogen nicht zu überspannen, wobei die englische Bourgeoisie durch ein entgegenkommendes Kompromiss mit Italien in der abessinischen Frage sich leicht freie Hand schaffen könnte (was ihr auch eine entgegenkommendere Haltung in Aegypten erleichtern würde).

Der Ausgang der Wahlen mahnt die englischen Imperialisten zur Vorsicht. Die Stimmenzahl der Labour-Party reicht an die der Konservativen heran. Die konservative Regierung muss vorsichtig operieren, damit die Linksstimmung nicht noch viel grössere Massen in England erfasse und sich vertiefe. Darum behalten die Konservativen den "Arbeitervertreter" Macdonald als Mäntelchen in der Regierung.

In Frankreich spitzt sich die Lage immer mehr zu. Die Monopolbourgeoisie operiert mit der Drohung einer Finanzpanik ( sie verschieben künstlich grosse Goldvorräte ins Ausland; das um seine Ersparnisse zitternde Kleinbürgertum liegt glatt am Bauch). Die Hauptschwäche der kleinbürgerlichen Linken (Radikale-SP-KP-) besteht darin, dass sie sich sehr schwer auf ein positives Regierungsprogramm einigen können.

Der Anknass der Zuspitzung ist der Zwischenfall in Limoges, wo die "Feuerkreuzler" in die unbewaffneten Volksmassen hineingeschossen haben. Die kleinbürgerliche Linke verlangt vom kapitalistischen Staat und seiner Polizei "energisches Vorgehen" gegen die faschistischen Wehrverbände. Das Parlament tritt am 28. November zusammen. Bei der Wankelmütigkeit der kleinbürgerlichen Parteien ist ein Kompromiss nicht unwahrscheinlich. Wahrscheinlich jedoch ist, dass der wachsende Druck der exportierten Massen diese "Volksfront" vorwärts treiben wird. Die Entschlossenheit der SP. - und Stalinbürokratie, die Wirtschaftsinteressen der Arbeiterschaft "zurückzustellen", wird die Einigung der kleinbürgerlichen Parteien auf linksbürgerlichem Boden schliesslich herbeiführen.

Die innere Lage des italienischen Imperialismus wird schwieriger. Die Preise der wichtigsten Lebensmittel steigen empfindlich. Zugleich zeigt der Kommandowechsel, dass die Kriegslage eine andere sein muss, als die faschistische Presse vorgespiegelt hat.

Auch die innere Lage des deutschen Faschismus wird immer schwieriger. Die Paktverhandlungen mit England und Frankreich stocken. Sie werden fortgesetzt werden, denn sie entsprechen den Interessen breiter Teile der Bourgeoisie in England und Frankreich.

So sehr sich die Dinge im Weltmassstab immer mehr zuspitzen, so ist die Lage noch immer nicht so ausgereift, dass sich die imperialistischen Rauber schon eindeutig festgelegt hatten. Vielmehr hat jeder von ihnen zwei oder mehrere Eisen im Feuer. Das ist es, was die Orientierung so überaus erschwert.

Die KPD. hatte in Belgien eine Konferenz, wo sie ein Aktionsprogramm für Deutschland zur Wiedereroberung der Demokratie beschloss. Sie erklärte zugleich feierlich, das Aktionsprogramm so zu gestalten, dass es nicht nur der SPD. sondern auch der katholischen und protestantischen Opposition nach jeder Beziehung annehmbar ist.... So soll die Volksfront für Deutschland geschaffen werden. .

Stalin setzt seine reinrussisch nationale Politik fort. Die Weltrevolution, das Weltproletariat hat er geopfert. Dabei hat er nicht einmal die Ratifikation des russisch-französischen Vertrages bis heute erreicht. Immer tiefer gleitet der Stalinismus. Schon hat die KPC. im Parlament offiziell angekündigt, dass sie für das Armeebudget der imperialistischen Tschechoslowakei stimmen werde....

Die österreichische Regierung setzt ihre Bemühungen fort, die Arbeitermassen mit schönen Phrasen, die nichts kosten einzufangen.

Die Sozialdemokratie tritt nunmehr bereits offen für das Militärbündniss Oesterreich mit Frankreich und CSR. ein. Damit ist gesagt, dass die SP.(RS) bereit ist, die österreichische Bourgeoisie, den österr. Bonapartismus zu unterstützen, sofern er nur in die imperialistische Front Frankreich-CSR. einrückt. Auf dieser Linie werden sich SP(RS) mit der KP. zur Einheitsfront finden. Die KP. wird dabei alle Bedingungen der RS. (Verzicht auf Kritik, Verzicht sogar auf selbstständige Propaganda, selbst. Politik) schliesslich schlucken. Denn auf der schiefen Ebene, die sich immer steiler neigt, wird der Stalinismus immer schneller tiefer gleiten und schliesslich der SP. bedingungslos Gefolgschaft leisten bis zur -- Einigung. Je mehr die stalinische Aussenpolitik improletarischen Sinne Bankrott erleidet, desto mehr sucht sie ihren Rettungsanker bei der Sozialdemokratie.

Die Vereinfachung der Verhältnisse, die die zwei Ver-  
ratsparteien durch ihre Einigung herbeiführen werden, wird nach einer  
kurzen Illusionswelle, die Klarung der Massen erleichtern.

#### Wahl von politischen Vertrauensmännern im Bezirk.

Auf unserem letzten Komp. Apell wurde der Beschluss gefasst politische Gruppen-, Zugs- und Komp. Vertrauensmänner zu wählen und aus den gewählten politischen Vertrauensmännern der Züge eine neue Bezirksleitung zu stellen. Eine Bezirksleitung welche der politischen Struktur des Bezirkes entspricht. Bisher war es vom Komp. Führer so eingeteilt, dass der Komp. Führer und die Zugsführer mit einem pol. Vertrauensmann die BL. bildeten und alle organisatorischen, politischen und militärischen Arbeiten erledigten. Nach fast zweijähriger Tätigkeit stellten die KP. Genossen fest, dass die bisherige Leitung wohl die militärischen Arbeiten, nicht aber die organisatorischen und politischen Arbeiten erledigen soll, umso mehr als selbe dazu nicht das Vertrauen des Bezirkes habe. Die Ursache war in erster Linie die Schreibweise unserer Zeitung. Es hat manchen KP. Genossen nicht behagt, dass wir ehrlich, offen, dabei aber durchaus rücksichtslos, alle politischen, militärischen und organisatorischen, bewussten und unbewussten Fehler in unseren Reihen und darüber hinaus kritisierten.

Die Wahl wurde öffentlich und korrekt durchgeführt. Die BL. welche aus der Wahl hervorging hat eine entschiedene und klare Haltung für die bisherige politische und militärische Linie eingenommen. Wir hatten jetzt nur einen Wunsch: Möge die KP. in allen Bezirken und Kreisen, also richtiger gesagt, die Stadtleitung, im übrigen Schutzbund dasselbe tun. Der RS. wollen wir es besonders nahelegen, statt Auflösung des Schb. und Aufteilung auf RS. und KP. zu fordern und so den Schb. in eine Parteigarde zu verwandeln, wie es vor dem Februar 1934 der Fall war, den Schb. als das zu betrachten, was er richtig sein soll, als Massenorganisation, in der alle, auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden Genossen Platz finden sollen.

Als wir vor länger als Jahresfrist davor warnten, dass die KP. und RS. den Schb. spalten werden, weil sie daraus zwangsweis eine Parteigarde machen wollten, hörten viele Genossen nicht auf uns, und stellten unsere Befürchtung als verleumderisch hin, nannten uns politisch verhetzt und vieles mehr. Sie folgten dafür erst recht blind den beiden - RS. und KP. Die Spaltung trat ein, wir hatten recht, doch die Genossen, anstatt den beiden Parteien den Rücken zu kehren, sammelten verlegen nach Ausreden (gegen ihr besseres Gewissen) und bildeten weiter Gefolgschaft der beiden Parteien.

Heute verhandeln RS. und KP. und die Stadtleitung des Schb. (lies KP) über die Auflösung des Schutzbundes und Aufteilung auf die beiden.

Ihr Schutzbündler werdet nicht einmal gefragt. Warum nicht? Na, ihr seit doch zum grössten Teil, entweder bei der einen oder anderen Partei und habt alles hingenommen, was die eine oder andere Partei über Euch verfügt hat, ohne dass ihr vorher befragt wurdet. (Siehe den Zusammenschluss der Gewerkschaften in Oesterreich. Wie aus heiterem Himmel. Kein Befragen der Mitglieder. Keine Diskussion. Keine Klärung oder Feststellung der prinzipiellen Gegensätze.) Man acht entweder die Schuld auf den anderen geschoben, oder eine Ausrede sich zurecht gerrichtet. Und Ihr Schutzbündler? Ihr steht heute vor der Auflösung - und der Schb. wird aufgelöst werden, weil weder die RS., die KP., noch die neue Einheitspartei einen Schb. neben sich brauchen kann, welcher im Ernstfalle über die kleinbürgerlichen Ziele hinweg, wirklich revolutionär handelnwürde - werdet ihr im Falle der Auflösung weiter die politische Gefolgschaft der RS. oder KP bilden, oder werdet ihr endlich für uns eintreten, uns stärken, mit uns die wirklich proletarische Partei aufbauen, eine Partei welche wirklich revolutionäre Politik treibt und einen Schutzbund, eine Massenorganisation nicht zu fürchten hat, dass derselbe als Massenorganisation eine revolutionärere Politik treibt als die Partei.

An Euch liegt die Entscheidung.

#### Warum Einheitsfront?

"Wir kennen keine sozialdemokratischen Parteien mehr, wir kennen nur Sozialisten". Dieses Motto uns von Euch als Vorwurf entgegengehalten, scheint uns tatsächlich als erstrebenswertes Ziel. Leider ist bis zu dessen Verwirklichung noch ein weiter Weg. Wir Kommunisten bemühen uns um die Schaffung der Einheitsfront, da wir wissen, dass wir nur durch Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte unser Ziel, die proletarische Diktatur, erreichen können. Ihr wisst, so wie wir, dass das Streben nach Einheit den Massen nicht von irgend einer Führung aufgezwungen wurde, sondern dem innersten/Bedürfnis jedes einzelnen soz. Kämpfers entsprungen ist. Die Erfahrungen der letzten Kämpfe in allen Ländern haben grosse Massen der wertvollsten und aktivsten Kämpfer der soz. Parteien in unsere Reihen geführt. Mit anderen Teilen der revolutionären Arbeiterschaft, die ebenso wie wir im schärfsten Kampf gegen den Faschismus stehen, wollen wir in der Einheitsfront zusammenarbeiten, wenn sie auch noch nicht vollkommen die Prinzipien der Komunist. - Internationale anerkennen. Dass die III. Intern. ihren kommunist. Prinzipien dabei keineswegs untreu geworden ist, sie "verraten hat", lässt sich unschwer beweisen. Elastizität im ausnützen der jeweiligen polit. Situation ist nicht nur kein Fehler, sondern oberstes Gebot. Wichtig ist, dass das Ziel unverrückbar feststeht. Auch Lenin und die anderen Führer haben es in der Russischen Revolution verstanden, alle oppositionellen Kräfte solange auszunützen, bis die Zeit für die prolet. Revolution reif wurde. Die Volksfront in Frankreich, Bemühungen unserer Genossen in Deutschland gemeinsam mit den Katholiken gegen Hitler vorzugehen, liegen auf der gleichen Linie. Wenn wir heute vor einem neuen Weltkrieg stehen, so kann auch die Situation keineswegs mit der des Jahres 1914 verglichen werden. Zwei Faktoren verändern sich vor allem grundlegend: "Der Bestand der Sowjetunion und der internationale Faschismus". Wenn die SU. einen Militärpakt mit dem momentan am Krieg uninteressierten, Frankreich schliesst, um dass Zustandekommen eines geschlossenen "Antisowjetblocks" zu durchkreuzen, so steht doch die KPF. im unversöhnlichen Kampf gegen ihre eigene kapital. Regierung (Eintreten der KPF. für Sanktionen, Streiks in den Marinearsenals Brest und Toulon, gegen Laval's Notverordnung).

Wenn auch England aus rein imperialistischen Gründen gegen den italienischen Raubkrieg in Abessinien ist, so können und müssen wir Komunisten die dadurch geschaffene Situation in unserem Sinne ausnützen: "Für die Nationale Freiheit aller Kolonialvölker, Gegen jeden imperialistischen Krieg (Rede Litwinovs in Genf). für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg."

Wenn Die Genossen von Verrat sprechen, so müssen sie uns schon konkrete Beispiele bringen, auf die wir sachlich urwiedern werden und nicht Zukunftsprognosen, wie die Vereinigung der zweiten und dritten Internationale auf der Grundlage der Vaterlandsverteidigung.

Wir glauben auch nicht dass man der revolutionären Sache nützt, wenn man statt auf Einigung, auf eine weitere Zersplitterung der proletarischen Kräfte hinarbeitet.

KP. Genossen

( Infolge Platzmangel können wir unsere Stellungnahme zu vorstehendem Artikel, erst in der nächsten Nummer bringen . )